

# Theaterstrukturkonzept vorurteilsfrei diskutieren

**Die Vorschläge der Staatskanzlei für die Finanzierung der Thüringer Theater ab 2017 hatten Kulturminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und Staatssekretärin Dr. Babette Winter am 5. November vorgestellt. Die Neuregelung ist vor dem Hintergrund der zum 31.12.2016 auslaufenden Finanzierungsperiode der Theaterverträge nötig und verfolgt das Ziel, dauerhafte, leistungsfähige Strukturen auf den Weg zu bringen, die auch in Finanzkrisen und sinkenden Haushalten Bestand haben können und zugleich bestehende Strukturdefizite überwinden.**

In der Pressemitteilung der Staatskanzlei heißt es weiter: „Die ungeachtet der dargelegten Herausforderungen stabile Haushaltslage des Freistaates soll genutzt werden, um ohne den Druck von Einsparungen aufgrund von Haushaltsdefiziten, die Rahmenbedingungen für eine bis 2025 verlässliche Theaterentwicklung zu gestalten. Die Thüringer Theaterentwicklung soll geprägt sein von Verlässlichkeit, tarifgerechter Vergütung guter Arbeit und dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Theater und Orchester weiterhin ihre wichtigen Aufgaben in unserem Kulturland erfüllen und sich künstlerisch positiv entwickeln können.“

Für das Land möchte die Staatskanzlei Gewissheit haben, dass mit den eingesetzten Mitteln die Ziele eines flächendeckend qualitativ anspruchsvollen Theaterangebotes, der Zusammenarbeit von Stadt- und Staatstheatern mit der freien Theaterszene, kulturelle Jugendbildung und interkulturelle Aktivitäten erreicht werden.

## Theaterstandorte in drei Regionen gegliedert

„Dazu wird es aber erforderlich sein, alle bestehenden Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und das Potenzial für Kooperationen zwischen den Einrichtungen zu prüfen und dort, wo es notwendig und nützlich ist, auch umzusetzen“, heißt es. Die Vorschläge gliedern die Thüringer Theaterstandorte in drei Regionen – Ostthüringen, Mittelthüringen sowie das Thüringer Kooperationsdreieck – und legen für diese Regionen jeweils mehrere mit einer Folgenabschätzung verbundene Struktur- und Entwicklungsmodelle vor, die nun zur Diskussion stehen. In allen drei Regionen setzt die Staatskanzlei auf verstärkte Kooperationen unter den Standorten. Prof. Hoff: „Das Land will mit dem eingesetzten Geld ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Theaterangebot sicherstellen, das von Menschen bereitgestellt wird, die sichere Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen haben.“

Die kulturpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen Katja Mittel-

dorf (DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßten das Diskussionsangebot zur Theaterstruktur „Perspektive 2025“, das mittelfristig eine Standortgarantie für alle produzierenden Theater- und Orchesterstandorte vorsieht.

## Katja Mitteldorf: Verständigung im Lichte des bereits begonnenen Dialogprozesses

Darüber hinaus bewerten die drei Kulturpolitikerinnen die Aussicht auf längere Finanzierungsvereinbarungen und die konsequente Absage an betriebsbedingte Kündigungen als sehr positiv. „Mit diesem Konzept können wir nun dezidiert in eine offene Diskus-



[http://www.thueringen.de/mam/th/1/tsk/arbeitspapier\\_zur\\_perspektive\\_2025\\_.pdf](http://www.thueringen.de/mam/th/1/tsk/arbeitspapier_zur_perspektive_2025_.pdf)

sion der vorgeschlagenen Varianten in den Fraktionen und besonders auch in den jeweiligen Regionen mit den Theatern und Orchestern sowie den Trägern eintreten. Ebenso werden wir im zuständigen Landtagsausschuss eine fachliche Diskussion führen. Den Antrag dazu haben wir als Koalitionsfraktionen bereits gestellt“, so die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx.

Die Grünen-Abgeordnete Madeleine Henfling freut sich auf eine vorurteilsfreie und breite Diskussion. „Natürlich wird jede Region im Zweifelsfalle andere Präferenzen haben. Das ist auch legitim, es sollten dennoch alle Varianten offen und auch immer im Kontext der gesamten Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen geführt werden.“

„Schlussendlich müssen sich die Theater, die sie tragenden Kommunen und das Land gemeinsam auf eine Variante verständigen, die sich im Lichte des bereits im Vorfeld begonnenen Dialogprozesses bewegen wird“, sagte die LINKE-Abgeordnete Katja Mitteldorf. Die Koalitionsabgeordneten werden gemeinsam mit ihren Fraktionen den Diskussionsprozess und den Weg zu neuen Finanzierungsvereinbarungen für die Thüringer Theater und Orchester konstruktiv begleiten und hoffen auch auf eine Diskussionsteilnahme

von Kulturverbänden und der breiten Öffentlichkeit.

## Vorbildhafte Kooperation der Theater Rudolstadt und Nordhausen

Das Konzept hebt die Bedeutung des Theaters Rudolstadt sowie der Thüringer Symphoniker in Saalfeld als wichtige kulturelle Anker in der Region hervor. Mit Blick auf die notwendigen unverzichtbaren Strukturveränderungen wird im Konzept hoch anerkannt, dass das Theater Rudolstadt hier schon einiges geleistet hat. Die bestehende Kooperation mit dem Theater Nordhausen wird als vorbildhaft angesehen.

„Ich halte es für eine gute Option, wenn durch einen erweiterten Verbund mit Eisenach und Nordhausen die Schauspielsparte in Rudolstadt noch einmal gestärkt werden könnte. Käme zusätzlich eine Aufstockung des Orchesters in Saalfeld zustande, wie in einem Modell vorgesehen, so wäre das für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ein Zugewinn“, sagte Katharina König, Landtagsabgeordnete der LINKEN für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, und sprach von positiven Vorschlägen. Diese seien zwar in Planung und Logistik anspruchsvoll, da die einzelnen Sparten an mehreren Orten spielten. Ähnliche Kooperationen in Thüringen und anderen Ländern zeigen aber, dass dies machbar sei.

„Die rot-rot-grüne Landesregierung gestaltet diesen Prozess so offen wie möglich. Die Träger und Intendanten, die sich an der Debatte rege beteiligt haben, verdienen besonderen Dank, wie auch Minister Hoff für die geduldige Moderation der Verhandlungen“, betonte die Abgeordnete und hofft auf eine vorurteilsfreie Diskussion in den anstehenden Veranstaltungen mit den Vertreterinnen und Vertretern des Theaters Rudolstadt sowie kommunalen Entscheidungsträgern. Entscheidend sei letztlich, dass sich Land, Kommunen und Theater gemeinsam verständigen, um optimale nachhaltige Ergebnisse für die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten.

## Thüringen mit höchster Beschäftigungsquote

Die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE), informiert über die Thüringer Ergebnisse des IAB-Betriebspanel 2014. „Die Befunde der bundesweiten Studie bestätigen die positive Entwicklung des Thüringer Arbeitsmarktes. Seit geraumer Zeit geht die Zahl der Arbeitslosen zurück. Gleichzeitig ist die Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kontinuierlich gestiegen. Wir schöpfen das vorhandene Potential an Fachkräften inzwischen deutlich besser aus als in der Vergangenheit. Dies gilt gerade für Frauen und ältere Arbeitnehmer“, sagte Heike Werner.

Laut Ministerin zeigt das aktuelle Betriebspanel eine immer noch hohe Differenz bei Einkommen und Tarifbindung im Vergleich zu Westdeutschland auf. „Wir sind noch längst nicht am Ziel gleicher Einkommens- und Lebensverhältnisse angelangt. Aber die Richtung stimmt. Wir wollen den Trend verstärken. Im Dezember werden wir im Rahmen der jährlich stattfindenden Betriebsrätekonferenz aktuelle Forschungsergebnisse diskutieren.“

In Thüringen gehen derzeit rund 780.000 Erwerbspersonen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Das sind fast zehn Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Diese Entwicklung ist umso positiver einzuschätzen, als im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um acht Prozent und das Erwerbspersonenpotential sogar um 15 Prozent zurückgegangen ist.

Heute sind 41,4 Prozent aller über 50-Jährigen in Beschäftigung. Im Jahr 2000 waren es erst 30 Prozent. Bezogen auf alle 15- bis 65-Jährigen im Freistaat hat Thüringen mit einem Wert von 60,2 Prozent inzwischen sogar die höchste Beschäftigungsquote aller Länder noch vor Bayern und Baden-Württemberg.

Thüringen hat aktuell mit 6,8 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote, die es jemals seit 1990 gab.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusagen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.